

06.09.2016

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.3)

Frau Senatorin Dr. Leonhard trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2016/2562, betreffend

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom  
25. November 2015 "Beschäftigungsrecht für Asylsuchende und  
Geduldete verbessern Chancen auf dem qualifizierten Arbeitsmarkt  
eröffnen" (Drucksache 21/2382)

sowie

Unterrichtung der Bürgerschaft über die bisherige Kooperation im  
Programm W.I.R. work and integration for refugees sowie dessen  
Neuausrichtung (Protokoll des Ausschusses für Arbeit, Soziales und  
Integration 21/3),

vor und gibt folgende Änderungen zu Protokoll:

Im Betreff des Vorblattes, des Senatsteils und der Senatsmitteilung ist jeweils das  
Datum des Ersuchens der Bürgerschaft aus der Drucksache 21/2382 von „25.  
November 2015“ in „10. Dezember 2015“ zu ändern.

In der Senatsmitteilung ist zudem in der Fußnote 21 die Zahl „26.157“ durch die Zahl  
„25.673“ zu ersetzen.

702.29-01-2016  
740.07-01



06.09.2016

Seite 2 (1.3)

Der Senat stimmt den Ausführungen in der vorgelegten Drucksache zu und beschließt die mit der Drucksache vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft mit den zur Niederschrift gegebenen Änderungen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit



Cornelia Schmidt-Hoffmann

Berichterstattung:  
Senatorin Dr. Leonhard  
Staatsrat Pörksen

TOP I.3  
B

Vorblatt zur  
Senatsdrucksache  
Nr. 2016/02562  
vom: 24.08.2016

**Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 25. November 2015 „Beschäftigungsrecht für Asylsuchende und Geduldete verbessern – Chancen auf dem qualifizierten Arbeitsmarkt eröffnen“ (Drucksache 21/2382) sowie**

**Unterrichtung der Bürgerschaft über die bisherige Kooperation im Programm W.I.R – work and integration for refugees sowie dessen Neuausrichtung (Protokoll des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration 21/3)**

#### **A. Zielsetzung**

Beantwortung des Ersuchens der Bürgerschaft vom 25. November 2015 (Drs. 21/2382), über den Einsatz des Senats auf Bundesebene für Maßnahmen und Änderungen im Sinne einer erleichterten Arbeitsaufnahme für Flüchtlinge in den Hamburger Arbeitsmarkt sowie Unterrichtung über die bisherige Kooperation im Programm W.I.R – work and integration for refugees, die Zusammenarbeit mit Kammern und Gewerkschaften zur Integration von Schutzsuchenden und Schutzberechtigten sowie dessen Neuausrichtung (Protokoll des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Integration 21/3).

#### **B. Lösung**

Darstellung der

- bundespolitischen Aktivitäten Hamburgs zur Verbesserung des Arbeitsmarktzugangs für Schutzsuchende,
- bisherigen Kooperation im Programm W.I.R – work and integration for refugees sowie dessen Neuausrichtung,
- weiteren Handlungsbedarfe.

#### **C. Auswirkungen auf den Haushalt**

Im Haushaltsjahr 2016 entstehen der BASFI für die arbeitsmarktliche Integration Geflüchteter im Rahmen des Programms W.I.R – work and integration for refugees im Einzelplan 4.0, Produktgruppe 255.02 „Arbeitsmarktpolitik“, aufgrund gesteigener Bedarfe von Personalressourcen und Betriebskosten insgesamt Kosten in Höhe von bis zu 1,9 Mio. Euro (bisherige Kalkulation gemäß Drs. 21/1395: 1,5 Mio. Euro).

Im Haushaltsjahr 2017 erhöhen sich diese Kosten voraussichtlich auf bis zu 4 Mio. Euro, da im Rahmen der Neuausrichtung in Kooperation mit dem Ankunftszenrum und dem Aufbau von zwei dezentralen Standorten in Harburg und Bergedorf sowie einem erweiterten Angebot zur Feststellung non-formaler Kompetenzen eine weitere Personal- und Ressourcenaufstockung erforderlich ist.

Unabhängig von der Strukturentscheidung bezogen auf die Standorte Bergedorf und Harburg ist angesichts der aufwachsenden Fallzahlen in den Standorten der Jugendberufs-

agentur die bezirkliche Jugendhilfe sowie die Beratungskapazität des Hamburger Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) aufzustocken. Hierfür fallen in 2016 bis zu 225 Tsd. Euro und in 2017 insgesamt bis zu 900 Tsd. Euro an.

Die kalkulierten Ressourcenbedarfe können nicht allein aus den Ansätzen in den Einzelplänen und Produktgruppen getragen werden. Notwendige Mehrbedarfe werden - wie im Bereich der Zuwanderung vorgesehen (Drs. 21/1395) - bei der Finanzbehörde beantragt und werden nach Genehmigung jeweils per Sollübertragung zur Verfügung gestellt.

#### **D. Auswirkungen auf die Vermögenslage**

Die dargestellten Maßnahmen mindern als Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung über die Ergebnisrechnung das Eigenkapital der FHH.

#### **E. Sonstige finanzielle Auswirkungen**

Keine.

#### **F. Auswirkungen auf**

Familienpolitik

Eine frühe und nachhaltige Integration in Ausbildung und Arbeit ermöglicht eine selbstständige Lebensführung. Dies kommt den Familien zugute.

Klimaschutz

Bürokratieabbau

Inklusion

Gleichstellung

Die anteilig gleichberechtigte Inanspruchnahme geflüchteter Männern und Frauen von Beratung und Qualifizierung wird berücksichtigt. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass Frauen in besonderer Weise angesprochen und zur Teilnahme ermutigt werden müssen.

#### **G. Alternativen**

Verzicht auf die Beantwortung des o.g. Ersuchens.

Verzicht auf die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Vorhaben W.IR.

Verzicht auf die bedarfsgerechte Aufstockung der Jugendberufsagentur.

#### **H. Anlagen**